

Anno ... 51. Woche

1922, 18. Dezember: Den mißlungenen Generalstreik der »Alleanza del Lavoro« (Union der Arbeit) im Juli 1922 - Teile der Sozialdemokratie plädierten für einen Abbruch - nutzte Mussolini in Rom zur Regierungsübernahme. Eine der wichtigsten Aufgaben sah er in der Zerstörung der revolutionären Arbeiterschaft. Am 18. Dezember richteten seine »Camicie nere« (Schwarzhemden) ein Blutbad in Turin an. Die Faschisten dringen in die Wohnungen von Kommunisten und Sozialisten ein und schießen sie nieder.

1942, 18. Dezember: Die Regierungen von Belgien, Großbritannien, den Niederlanden, von Griechenland, Luxemburg, Norwegen, Polen, den USA, der Sowjetunion, Jugoslawien und Frankreich verfassen eine »Interalliierte Erklärung zur Vernichtung der Juden 1942«. Darin heißt es: »Die oben aufgeführten Regierungen und das Französische Nationalkomitee tadeln in der entschiedensten Weise diese bestialische Politik der kaltblütigen Austilgung. Sie erklären, daß ähnliche Ereignisse den Entschluß der freiheitsliebenden Völker, die barbarische Tyrannei Hitlers niederzuwerfen, nur verstärken können. Sie bestätigen wieder ihre feierliche Verpflichtung, zusammen mit allen Vereinten Nationen sicherzustellen, daß die Personen, die für diese Verbrechen verantwortlich sind, der verdienten Vergeltung nicht entgehen, und die notwendigen praktischen Maßnahmen zur Erreichung des gestellten Zieles zu beschleunigen.«

1972, 21. Dezember: Der Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR wird in Berlin (DDR) vom Bundesminister für besondere Aufgaben, Egon Bahr, und vom DDR-Staatssekretär für westdeutsche Fragen, Michael Kohl, unterzeichnet. Damit wird die Entwicklung einer gutnachbarlichen Beziehung auf gleichberechtigter Basis vereinbart, Streitigkeiten sollen ohne Gewalt gelöst werden, und beide Staaten respektieren die Unabhängigkeit des jeweils anderen Staates in inneren und äußeren Angelegenheiten.

1982, 17. Dezember: Unter dem Vorwand eines Streits mit der FDP über den Bundeshaushalt, der nur wenige Wochen zuvor einvernehmlich beschlossen worden war, stellt Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) im Bundestag die Vertrauensfrage. Durch ein konstruktives Mißtrauensvotum gegen die Regierung von Helmut Schmidt (SPD) und Hans-Dietrich Genscher (FDP) war Kohl am 1. Oktober mit Hilfe der FDP zu Amt und Würden gekommen. Bei der Vertrauensfrage enthalten sich vereinbarungsgemäß CDU/CSU und FDP der Stimme, wodurch die Auflösung des Parlaments provoziert wird und Neuwahlen anberaumt werden müssen. Am 6. März wird neu gewählt; die CDU erhält mit 48,8 Prozent der Stimmen das zweitbeste Ergebnis der Partei.
<https://www.jungewelt.de/artikel/97586.anno-51-woche.html>